

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Wasserpfeffig - Weltwährungsordnung - GATT - Japan - Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1985) : Kurz kommentiert: Wasserpfeffig - Weltwährungsordnung - GATT - Japan - Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 5, pp. 217-218

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136036>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wasserpfennig

Eigenartige Argumentation

Die Regierung von Baden-Württemberg beabsichtigt, durch die Erhebung eines „Wasserpfennigs“ das bisher richtungsweisende Verursacherprinzip im Umweltschutz ad absurdum zu führen. Die geplante Sonderabgabe würde den Kubikmeter Trinkwasser um rund sieben Pfennig verteuern und jährlich etwa 70 Mill. DM einbringen. Aus diesem Mittelaufkommen sollen Landwirte mit mindestens 400 DM pro Jahr und Hektar entschädigt werden, wenn sie künftig auf eine Intensivdüngung und Pflanzenschutzmittel verzichten.

Der Präsident des badischen landwirtschaftlichen Hauptverbandes und Landtagsabgeordnete Reddemann begründet den „Wasserpfennig“ u. a. damit, daß der Wasserverbraucher als der eigentliche Verursacher zugleich auch die Kosten der Vermeidung der Gewässerverschmutzung zu tragen habe. Wollte man diese eigenartige Argumentation auch auf andere Bereiche des Umweltschutzes übertragen, so müßten z. B. nicht die Käufer von Kraftfahrzeugen für den Einbau von Katalysatoren zahlen, sondern alle Bürger, die die verschmutzte Luft einatmen. Die Autokäufer würden dann lediglich als Verbraucher von Sauerstoff, nicht jedoch als Mitverursacher der Luftverschmutzung zur Kasse gebeten.

Bei konsequenter Anwendung des Verursacherprinzips sind dagegen diejenigen mit den Kosten des Umweltschutzes zu belasten, die durch Produktion oder Verbrauch die Umwelt schädigen. Vernünftig ist deshalb die Kostenumlegung auf die Nutzung des Kraftfahrzeugs bzw. den Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Marktteilnehmer entscheiden dann, wie sie auf diese Preissignale reagieren sollen. Mit der Erhebung eines „Wasserpfennigs“ erhalten die Verursacher der Wasserverschmutzung ungerechtfertigte Vorteile. Zudem wird durch falsche Preissignale die Fehlallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen begünstigt. hn

Weltwährungsordnung

Fehlende Reformbereitschaft

Die französische Regierung nutzte den Bonner Wirtschaftsgipfel, um ihre Forderung nach einer Reform des internationalen Währungssystems nachhaltig zu erneuern. Dabei schnürte sie politisch geschickt ein Paket zwischen Währungssystem und den GATT-Verhandlungen: Ungleichgewichte, deren Ursache im monetä-

ren Bereich läge, könnten nicht durch Handelsvereinbarungen abgebaut werden. Mit anderen Worten: Der weltweite Protektionismus geht überwiegend auf das „instabile“ Weltwährungssystem zurück.

Nun zeigen die historischen Erfahrungen in der Tat, daß der Protektionismus zunahm, wenn die Länder innerhalb eines Währungssystems nicht mehr bereit waren, sich an dessen Spielregeln zu halten. Sowohl die Goldwährung als auch das System von Bretton Woods scheiterten letztlich am Unwillen der meisten Mitgliedsländer, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht einen im Vergleich zu binnenwirtschaftlichen Zielen hohen Rang einzuräumen. Wer also eine stabilere Entwicklung der Wechselkurse will, der muß bereit sein, den binnenwirtschaftlichen Handlungsspielraum erheblich einzuschränken. Da hierzu sicher auch die Franzosen nicht bereit sind, ist jeder Versuch, weltweit festere Wechselkursrelationen wiederherzustellen, zum Scheitern verurteilt.

Der Weg zurück zu Bretton Woods ist somit versperrt – aus den gleichen Gründen, die auch eine weitere Zunahme protektionistischer Tendenzen befürchten lassen. Daran werden auch Verhandlungen im Rahmen des GATT wenig ändern. Ihr Wert kann allenfalls darin liegen, die Wachstumsrate der Handelsbeschränkungen zu senken. Die durch den Protektionismus verursachten weltweiten Wohlstandsverluste sind der Preis der binnenwirtschaftlichen Autonomie, selbst wenn diese für viele Länder nur auf dem Papier steht. ww

GATT

Miterrands Junktim

Als Makel des Bonner Weltwirtschaftsgipfels wird verzeichnet, daß kein genaues (und möglichst frühes) Datum für eine neue GATT-Runde bestimmt worden ist. Aber ist dies wirklich ein so großes Unglück? Der französische Präsident hat doch recht, wenn er den Gipfel der führenden westlichen Industrieländer nicht für den geeigneten Ort hält, die Terminfrage zu entscheiden. Die am Gipfel nicht beteiligten Industrieländer, vor allem aber die Entwicklungsländer wären brüskiert worden. Über Termin und Tagesordnung einer Welthandelskonferenz muß in Genf entschieden werden, wo in diesen Tagen die Konsultativgruppe des GATT zusammentritt.

In der Sache allerdings fällt es schwerer, Mitterrand zu folgen. Er möchte, daß die EG-Agrarpolitik weitgehend ungeschoren bleibt, stellt sich aber gleichzeitig als Anwalt der Dritten Welt dar, für die der Agrarprotektionismus der Gemeinschaft ein ständiger Stein des An-

stoßes ist. Auch das Junktim zwischen Handels- und Währungskonferenz überzeugt nicht. Der Einfluß schwankender Wechselkurse auf den Handel ist geringer als vielfach behauptet. Der Handel wird vor allem durch sprunghafte, unregelmäßige Eingriffe einzelner Länder und bilaterale Vereinbarungen zu Lasten Dritter beeinträchtigt. Ein verbesserter Ordnungsrahmen für den internationalen Handel ist daher dringend nötig, und er liegt, zumal in der gegenwärtigen Schönwetterlage der Weltwirtschaft, im Bereich des Möglichen. Demgegenüber scheinen die Gegensätze in der Währungspolitik vorerst unüberbrückbar zu sein. Junktim bedeutet also im wesentlichen Stillstand.

Die nun folgenden, auf weniger spektakulären Ebenen zu führenden Verhandlungen werden zeigen, wie ernst der französische Widerstand gegen multilaterale Handelsvereinbarungen wirklich gemeint ist. Es scheint, als habe Mitterrand vor allem Reagan die Schau stehlen, nicht aber die Rolle Frankreichs auf der „vorbereitenden Konferenz hoher Beamter“ präjudizieren wollen, die nach dem Willen der Gipfelteilnehmer noch in diesem Sommer im GATT einberufen werden soll. ko

Japan

Substanzarmes Marktöffnungspaket

Im April verabschiedete die japanische Regierung ein neues, primär auf den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse gerichtetes weiteres „Marktöffnungspaket“. Nachdem Japan noch bis Anfang der achtziger Jahre das Bestehen solcher Importhemmnisse überhaupt geleugnet hatte, stellt die inzwischen lange Reihe der Marktöffnungsprogramme immerhin ein auch öffentliches Eingeständnis der Existenz von Handelshemmnissen dar. Jedoch ist auch das neue Paket so substanzarm wie die Vorgänger und scheint kaum geeignet, die wachsenden Handelskonflikte mit den USA, der EG und den ASEAN-Staaten zu entschärfen.

Das Paket wurde geschickt vor wichtigen Konferenzen präsentiert, gleichsam als Beruhigungsspiel, in der Hoffnung, so der Anklage zu entgehen, ein Störenfried des Freihandels zu sein. In Wahrheit ist es nicht mehr als eine Nebelkerze, und es ist zudem ein weiterer Beleg für die besondere japanische Wettbewerbsauffassung: Unter administrativem Druck sollen u. a. die 20 größten japanischen Ausfuhrunternehmen zu stärkeren Importen veranlaßt werden.

Daß Japan sich mit formalen Liberalisierungsaktionen immer wieder einer wirksamen Öffnung seiner Märkte entziehen und dennoch in die Rolle eines Advo-

katens für Freihandel und Marktwirtschaft schlüpfen konnte, liegt nicht zuletzt auch an den Handelspartnern. Insbesondere eine Reihe von EG-Ländern und Brüssel haben dem Schutz des eigenen Marktes vor Importen aus Japan („Selbstbeschränkungsabkommen“) den Vorzug vor einer offensiven, auf die Öffnung des japanischen Marktes zielenden Strategie gegeben. Hier ist ein Umdenken nicht zuletzt im eigenen Interesse notwendig. Käme es dazu und würde sich eine Allianz mit anderen nichteuropäischen Ländern herausbilden, entstünde das wirksamste Öffnungsprogramm für den japanischen Markt. kr

Frankreich

Verblaßtes Nationalisierungsideal

Allgemeines Erstaunen und heftige Kritik in der sozialistischen Partei hat in Frankreich die Absicht der Regierung hervorgerufen, private Beteiligungen an staatlichen Unternehmen zuzulassen. Schließlich waren erst vor reichlich drei Jahren die größten Industrieunternehmen des Landes und die privaten Banken in staatliches Eigentum überführt worden.

Anders als in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland geht es in Frankreich zumindest vorerst nicht etwa darum, durch Privatisierung wirtschaftliche Verkrustungen aufzubrechen. Das wirtschaftliche Ziel ist hier allein, private Mittel für die Kapitalausstattung der Tochtergesellschaften von staatlichen Industrieholdings zu mobilisieren. Angesichts der angespannten Haushaltslage und der schwierigen Konsolidierung des Budgets vermag die öffentliche Hand den Unternehmen sonst kaum die erforderlichen Mittel zuzuführen. Mit einer Beschränkung des privaten Anteils auf maximal 49 % behält sich der Staat jedoch die Entscheidungsgewalt in diesen Unternehmen vor. Um so mehr wird das Publikum nur Beteiligungsangebote bei Unternehmen akzeptieren, die mit angemessenem Ertrag arbeiten. Gerade in diesen Fällen kann der Staat seine Beteiligung mit erheblichem Gewinn veräußern, da die Kurse an der Pariser Börse seit dem Anfang der Amtszeit von Mitterrand kräftig gestiegen sind.

Wohl wichtiger noch als das wirtschaftliche Motiv dieser Teilprivatisierung sind politische Aspekte. Die Absichten der Regierungspartei für die Parlamentswahlen im nächsten Jahr sind nämlich auch deshalb nicht günstig, weil die Oppositionsparteien offenbar in der Lage der nationalisierten Unternehmen ein willkommenes Wahlkampfthema sehen. Dem hofft die Regierung durch ein Aufweichen des Nationalisierungsdogmas den Wind aus den Segeln zu nehmen. wt